

Zeitschrift: Schweizer Spiegel
Herausgeber: Guggenbühl und Huber
Band: 26 (1950-1951)
Heft: 1

Artikel: Blick auf die Schweiz
Autor: Dürrenmatt, Peter
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1070442>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 14.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

DER MONAT

BLICK AUF DIE SCHWEIZ



Peter Dürrenmatt

VERTEIDIGUNG DER DEMOKRATIE

Es gibt immer noch Leute, die sich den Herrgott als einen alten Mann mit großem weißem Bart vorstellen und die wähnen, die Demokratie sei die Staatsform der naturgegebenen Schwäche. Weil sie auf dem Willen des Volkes beruhe, hätten ihre Bürger einfach zuzusehen, wie der Staat von entschlossenen, aber verantwortungslosen Leuten nach einer bestimmten Richtung geschoben werde.

Wer sich freilich in der Schweizergeschichte umsieht, wird bald einmal feststellen, daß diese passive Form von Demokratie, die aus einer handelnden Clique auf der einen und einer geschobenen Masse auf der andern Seite besteht, nie nach unserm Geschmack gewesen ist. Wir haben uns in der Schweiz dann, wenn das Ganze ernstlich bedroht war, nie vor den notwendigen handfesten Methoden gescheut. Gewiß, als die Menschen nach dem ersten Krieg glaubten, es werde nun eine lange Friedenszeit anbrechen, sträubten sie sich entschieden dagegen, daß der Staatsschutz verstärkt wurde. «Maulkrottengesetz» nannte man damals das entsprechende Gesetz und schickte es bachab. Seither hat indessen die Weltgeschichte einen so bösen Verlauf genommen, daß unser Volk in bezug auf den Staatsschutz bedeutend mehr zu schlucken bereit ist als noch vor kurzem. Nichts hat das so deutlich bewiesen wie die selbstverständliche und gelassene Art, mit der die *Maßnahmen des Bundesrates gegen kommunistische Beamte* im vergangenen Monat von der schweizerischen Öffentlichkeit aufgenommen worden sind.

Diese Maßnahmen selbst sind insofern nicht ohne Tragweite, als sie in jedem einzelnen Fall offen lassen, ob ein Beamter Mitglied der PdA *und* Beamter bleiben kann. In einigen Fällen, wo kommunistische Beamte in wich-

tiger Stellung stehen, ist sofort eingeschritten worden, während in andern die Leute ihren Posten behalten. Die unter dem Namen «Partei der Arbeit» in der Schweiz getarnt auftretende kommunistische Bewegung hat die Hoffnung aufgegeben, in der nächsten Zeit und mit den gesetzlichen Mitteln der Wahlen zur Macht oder wenigstens zu einer einigermaßen angesehenen Stellung zu gelangen. Sie ist dazu übergegangen, ihre wenigen Mitglieder intensiv zu schulen, um später, wenn sich die Machtübernahme «plötzlich» ergeben sollte, über einen Stock von gehorsamen Leuten zu verfügen, die auf Schlüsselstellungen eingesetzt werden können. Der Kommunismus sagt sich, daß es im modernen, zur Maschine gewordenen Staat darauf ankomme, an den Stellwerken zu sitzen und von dort aus jene Hebelarme zu bedienen, die den Einfluß auf das Ganze ermöglichen. Daher seine jetzige Theorie von den Schlüsselstellungen. Diese Theorie verrät freilich andere Zusammenhänge: die ausgewählte Minderheit kann nämlich nur zur Macht kommen, wenn von außen her nachgeholfen wird.

Die Maßnahme des Bundesrates durchkreuzt diese Absicht. Sie macht es den Behörden möglich, unzuverlässige Anwärter *auf* oder Inhaber von Schlüsselstellungen zu entfernen. Das ist nichts als nackteste Notwehr! Trotzdem kann man sich fragen, ob, auf die Dauer gesehen, eine Lösung nicht besser wäre, die es gesetzlich verbietet, daß einer Kommunist und Bundesbeamter zugleich sein kann. Wenn ein im Dienst des Bundes stehender Mann gemäß der Verfassung keine fremden *Orden* annehmen darf, so läge es auf der Linie, keine einzustellen, die als Kommunisten bereit sein müssen, fremde *Ordern* entgegenzunehmen!